

Rheingauer Beobachter

Fernsprecher 22.

„Eltviller Zeitung“ und „Stadt-Anzeiger.“

Fernsprecher 22.

Nachweislich
größte Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville.



Erscheint Dienstags und Samstags — Abonnementspreis pro Quartal M. 1.00 für Eltville und auswärts. (ohne Trägerlohn und Postgebühr. — Inseratengebühr: 20 J die einspaltige Petit-Zeile. Reklamen die Petit-Zeile M. 3.00.

Druck und Verlag von Alwin Boege in Eltville.

Der „Rheingauer Beobachter“ veröffentlicht zeitig alle städtischen amtlichen Bekanntmachungen.

Nr. 13.

Eltville, Samstag, den 15. Februar 1919.

50. Jahrg.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Postverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland.

Der Herr Franz Kreisverwalter läßt folgendes bekannt geben: Vom 5. Febr. ab treten die nachfolgenden Bestimmungen in Kraft:

1. Der Austausch von Postkarten zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland ist erlaubt.
2. Die Karten dürfen nur Familiennachrichten enthalten.
3. Sie müssen gut leserlich, möglichst in lateinischer Schrift geschrieben sein; Name und Adresse des Absenders müssen übersichtlich auf denselben angebracht sein.
4. Als einziger erlaubte Sprachen kommen französisch und deutsch in Betracht.

Die sonstigen Bestimmungen über den Postverkehr bleiben in Kraft.

Elkville, den 7. Februar 1919.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Wir wollen im Sommer d. J. einer Anzahl krank- oder schwächlicher Kinder eine Badekur zukommen lassen. Wir ersuchen schriftliche Anträge bis zum 1. März d. J. bei uns zu stellen.

Eltville, den 8. Februar 1919.

Der Magistrat.

Politische Uebersicht.

Ebert erster Reichspräsident.

Weimar, 11. Februar. Die Nationalversammlung wählte heute mit 277 von 279 abgegebenen Stimmen bei 61 Stimmenthaltungen Fritz Ebert zum provisorischen Reichspräsidenten. Auf den Grafen Fjodorowitsch fielen 49 Stimmen: Scheidemann und Erzberger erhielten je 1 Stimme. Ebert erklärte, daß er die Wahl annehme.

Die Nationalisierung der Frauen.

Aus Paris meldet unser Berichterstatter auf indirektem Wege, daß die Nationalisierung der Frauen in Russland schon in Kraft getreten sei. Kommissare der freien Völkern sind in mehreren Städten bereits ernannt worden und angeordnete Frauen wurden geprüfert, weil sie sich geweigert haben sich dem Befehl zu unterwerfen.

Anmerkung der Redaktion: Die deutschen Frauen, namentlich der arbeitenden Klassen, die heute den radikalen Sozialisten zuzubehören, erwarten daraus, was sie zu erwarten haben, wenn die Sozialisten und ihre Verbündeten, die Unabhängigen, aus Rußland kämen. Die Frauen würden mit den Tieren auf eine Stufe gestellt werden.

Erklärung Clemenceaus.

Paris, 10. Febr. Ministerpräsident Clemenceau machte dem Vertreter der Associated Press folgende Erklärungen:

Ich habe gesagt, daß der Krieg gewonnen sei. Es ist vielleicht zu viel gesagt, wenn man sagt, es sei eine Pause im Sturm eingetreten. Aber man muß alle Möglichkeiten ins Auge fassen. Neuerdings gemachte Enthüllungen geben mir Gelegenheit, in die Pläne des Feindes einzusehen, besser, als man es früher vermochte. Es war nicht nur der Traum einer militärischen Herrschaft Preußens, es war auch eine tief angelegte Verschwörung zur Vernichtung Frankreichs, sowohl in kommerzieller und industrieller Hinsicht, wieder ins Leben zurückzurufen. Deutschland dagegen hat alle seine Kräfte in Ordnung halten können und kann dieselben sofort wieder in Betrieb setzen. In kommerzieller und industrieller Hinsicht ist beim Kampf zwischen Frankreich und Deutschland dem letzteren der Sieg geblieben. Was die Finanzen anbelangt, so seien die deutschen Kriegsschulden infolge der Blockade ausschließlich inländische, deren Zahlung leicht verweigert werden könne, während Frankreich seine Schulden bezahlen müsse. Die Guts haben, die Frankreich vor dem Kriege im Ausland gehabt habe, be-

belieben sich auf 50 bis 60 Milliarden, von denen im günstigsten Falle vielleicht zwei Drittel nachträglich wieder hereinkommen könnten. Das in der französischen Wirtschaft stehende ausländische Kapital werde möglicherweise wieder gedeckt werden können.

Was die militärische Lage angeht, sagt Clemenceau, so hat die gegenwärtige Lage gewiß Beunruhigendes. Die Alliierten haben allerdings die deutsche Marine beschlagnahmt und den Feind entwaffnet. Aber es bleibt noch das chaotische Rußland, woher die deutschen Truppen Hilfe beziehen könnten. Wenn die englische Armee demobilisiert und die amerikanische nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist, so steht Frankreich isoliert da und dann könnte die Gefahr entstehen, daß Deutschland den Streit mit Waffengewalt wieder aufnimmt. Dies müßte große Verunruhigung hervorrufen, wenn nicht Wilson seine Zusicherungen gegeben hätte. Clemenceau schloß mit den Worten: „Alle unsere Pläne bauen sich auf der großartigen Grundlage, die Wilson gelegt und auf den Prinzipien, die er verkündet hat. Wir haben keine falschen Aspirationen und wir setzen unser ganzes Wissen und Können ein zur Schaffung einer besseren Welt, damit die ganze Menschheit in Gerechtigkeit leben kann.“

Lebensmittelpreissteigerung unter bolschewistischer Herrschaft.

Nach Mitteilungen von Flüchtlingen aus St. Petersburg kostet ein Pfund Zucker daselbst jetzt 100 Rubel, ein Pfund Kartoffelschalen 3 Rubel. Die Bevölkerung reißt sich um die Kartoffelschalen, um dem Hunger zu fliehen.

Die Notlage unserer Lehrerinnen.

Durch die Rückkehr vieler Lehrer in die Schule werden fast ebenso viele Lehramtsbewerberinnen stellunglos und zwar in diese Stillschickung keine vorübergehende Erscheinung, vielmehr müssen wir auf viele Jahre hinaus mit einem Überangebot von Lehramtsbewerberinnen rechnen, da trotz des Ueberflusses aus Seminaren und Lyzeen Scharen von neuen Anwärterinnen entlassen werden. Demgegenüber steht die traurige Tatsache, daß durch den Geburtenrückgang infolge des Krieges tausende von Klassen eingegeben werden. — Es sei angeführt, daß so überaus schlechten Zukunftsaussichten der jungen Lehrerinnen auch an dieser Stelle nochmals dringen, bevor wir in nächster Zeit junge Mädchen den Lehrberuf ergreifen zu lassen. Wie helfen wir aber den jungen Lehramtsbewerberinnen? Denn sie, die in schwerer Zeit unter schwierigsten Arbeitsverhältnissen dem Vaterlande wertvolle Dienste geleistet, haben ein Anrecht auf unseren Dank und unsere tatkräftige Unterstützung. Im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen hat sich ein Ansdhuf gebildet, der sich die Aufgabe stellt, den Lehramtsbewerberinnen, die im Schuldienst nicht verwendet werden können, Rente und Ansdhuf für eine anderweitige Versorgung zu geben. Alle betroffenen jungen Lehrerinnen wollen sich deshalb umgehend unter genauer Angabe ihrer Lage und Verhältnisse an die Vorsitzende dieses Ansdhufes, Fräulein M. May, Arelsh, Marktstr. 231, oder sofern die Postperre dies nicht erlaubt, an Fr. Dr. Wiesent, Bismarckstr. 10, Arelsh, Marktstr. 231, oder an Fr. Dr. Semmler, Bismarckstr. 10, Arelsh, Marktstr. 231, wenden. Es wird besonders auch um Mitteilung gebeten, ob Neigung und Mittel vorhanden sind, eventuell eine soziale Schulung durchzuführen, oder ob vielleicht soziale oder bürokratische Kenntnisse während der außerordentlichen Kriegsarbeit erworben wurden. Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen hat die schwierige Aufgabe der Sorge für die stellunglosen Lehramtsbewerberinnen übernommen, und im Vertrauen darauf, daß Familien, Behörden, Arbeitsnachweise und Vereine zur Förderung der guten Sache helfen werden. Darum bittet er den oben genannten Stellen gütigst Mitteilung machen zu wollen, wenn irgendwo passende, dauernde oder vorübergehende Erwerbsmöglichkeiten für stellunglose Lehramtsbewerberinnen bestehen oder geschaffen werden können, sei es als Erzieherin, Kindergärtnerin, Hortleiterin, Schulpflegerin, Bandpflegerin, Sozialbeamtin, Sekretärin, usw. Kurzfristige Kurse zur unmittelbaren Vorbereitung auf die sozialen Berufe werden sobald wie möglich in die Wege geleitet werden; vielleicht könnte auch fehlende Fachausbildung, z. B. Unterweisung in bürokratischen Tätig-

keiten während der Einarbeitung erfolgen. Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen hofft nicht fehlschlagen in der Annahme, daß sich viele helfende Hände finden werden, die drückende Notlage der jungen stellunglosen Lehrerinnen zu lindern.

Lokale und vermischte Nachrichten.

Eltville, 13. Februar 1919.

Stadtverordneten-Sitzung.

Anwesend unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Rentmeister Jos. Kögler folgende Mitglieder des Kollegiums: Jos. Abt, Riel, Domermuth, Peter Fleschner II., Peter Kopp, Dr. Kornbusch, Math. Krebs, Gg. Jos. Kremer, Dr. Merden, Wilh. Offenhein, Caspar Rau und H. Simon. Entschuldigt war Herr Karl Jypel.

Selbst des Magistrats waren anwesend die Herren Bürgermeister Dr. Reutner und Jos. Gm.

Der Herr stellvertretende Stadtverordneten-Vorsitzer eröffnete die Sitzung und teilte zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl eines Schriftführers.

mit, daß der Wahlschluß an Stelle des von seinem Amte zurückgetretenen Schriftführers Herrn Domermuth und in Anbetracht dessen, daß der stellvertretende Schriftführer Herr Dr. Merden eine dauernde Führung mit Rücksicht auf sein Alter und auch deshalb, weil er als Schriftführer sich nicht genug an den Verhandlungen beteiligen könne, abgelehnt habe, Herrn Stadtschreiber Klatte in Vorschlag gebracht habe. Da sich Niemand hierzu zum Wort meldet, wird der Wahlschluß angenommen und Herr Stadtschreiber Klatte einstimmig zum Schriftführer gewählt.

2. Ermächtigung des Magistrats, in der Lateinschulfrage mit der Regierung zu verhandeln.

Dieser Punkt der Tagesordnung rief, wie zu erwarten war, wieder wie in den früheren Sitzungen eine lange Debatte hervor.

Zuerst referierte Stadtschreiber Abt über diesen Punkt und führte etwa folgendes aus:

Wie das ganze Kollegium, so bin auch ich dafür, daß die hiesige Lateinschule nicht nur erhalten bleibt, sondern auch verbessert werden soll. Ja es ist bedauerlich, daß man um einer Person Willen die Verbesserung der Schule 20 Jahre lang hinausgeschoben hat. Es ist aber eine starke Strömung in der Bürgerschaft vorhanden, welche verhindert wissen will, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, zumal unsere Finanzlage zur Zeit sehr mäßig sein soll und auch noch nicht sicher werden wird, wie aus dem heute vorliegenden großen Speisegeißel ersichtlich. Die Stimmung in der Bürgerschaft über die Lateinschulfrage schildert u. A. folgender Brief, den ich heute erhielt und den ich Ihnen hiermit zur Kenntnis bringe:

Herrn Stadtverordneten-Vorsitzer Abt,

Eltville.

Sehr geehrter Herr Abt!

Obwohl ich es bisher vermieden habe, zu städtischen Angelegenheiten öffentlich Stellung zu nehmen, fühle ich mich doch verpflichtet, in der Frage der Lateinschule mich an Sie zu wenden und Ihnen meine Ansicht darzulegen. Ich bemerke schon vorweg, daß ich nicht meine Ansicht allein, sondern die Ansicht vieler Bürger aus allen Kreisen wiedergebe. Der Beschluß der Stadtverordneten, die Frage der Lateinschule auf drei Monate zurückzustellen, hat in der Bürgerschaft allgemeine Verurteilung und Billigung gefunden. Jedermann, wes Berufes er auch sei, hat das Gefühl in sich, jetzt jede Ausgabe, die nicht unbedingt erforderlich und deren Finanzierung nicht von vorn herein sichergestellt ist, zurückzustellen. Niemand weiß, was die Zukunft uns bringen wird, das wissen wir aber alle, daß wir ungeheure Lasten zu tragen haben werden, Lasten, die nicht allein durch Vermögensabgabe, sondern auch durch ganz erhebliche Zuschläge zu den Steuern aufgebracht werden müssen. Die Lasten werden nicht allein von den Besitzenden, insbesondere von der leistungs- und zahlungsfähigen

Industrie getragen werden können, denn gerade bei der Industrie haben die jetzigen Verhältnisse, der Mangel an Rohmaterial, Kohlen etc. bewirkt, daß die Industrie und der Handel zum größten Teil darniederliegen, und dies hat selbstverständlich auch eine Verminderung der Steuern seitens der Industrie zu Folge. Viele Fabriken arbeiten seit Monaten ohne jeglichen Gewinn, wenn nicht mit Unterbilanz. Die Folge wird eine erhebliche Belastung und Verzinsung des Mittelstandes zu den Steuern sein. Verzinsung und Amortisation der Kriegsanleihe, die Versorgung der Invaliden und Hinterbliebenen, die Fürsorge für Arbeitslosen werden Staat und aber auch Stadt bis zur äußersten Grenze in Anspruch nehmen. Dazu kommen noch die ins unbegrenzte gehenden Ansprüche unserer früheren Feinde.

Wie unter diesen Umständen eine Angelegenheit wie die Lateinschule, die wirklich der Gile nicht bedarf, entgegen dem Beschlusse der Stadtverordneten auf einmal unter allen Umständen trotzdem sofort erledigt werden muß, weil der eine oder andere sich einmal darauf festgelegt hat, ist über die Grenzen der Stadt Gtville hinaus unverständlich. Es handelt sich nicht nur um eine einmalige Ausgabe, sondern um eine dauernde Belastung des Staats, dem keinerlei entsprechende Einnahmen und Vorteile der Stadt gegenüberstehen. Derartige Belastungen und infolgedessen die unbedingt notwendige Erhöhung der Gemeindesteuern werden den Zugang von Gtville fernhalten, ja sogar manchen veranlassen, der Stadt Gtville den Rücken zu kehren. Die von einer Seite gedrückte Ansicht, die Lateinschule dürfe den Zugang mancher großer Steuerzahler veranlassen, halte ich für viel zu optimistisch und sogar hinfällig. Gtville mit seinen 150%, Gemeindesteuern, die zudem noch in nächster Zeit erhöht werden dürften, bietet keinerlei Vorteile, denn viele andere Städte, die ähnliche Verhältnisse wie Gtville haben, haben nicht so hohe Gemeindesteuern. Der Zugang nach Gtville müßte zudem schon ganz erheblich sein, um einigermaßen einen Ausgleich für die erheblichen Unkosten der Lateinschule zu schaffen.

Der sofortige Ausbau der Lateinschule liegt also meines Erachtens nicht im Interesse der Stadt. Ich glaube bestimmt, daß im Falle der Einberufung einer Bürgerversammlung dies auch klar und deutlich zum Ausdruck kommen würde. Leider ist aber die Einberufung einer derartigen Versammlung, die bereits in Erwägung gezogen war, zurzeit nicht möglich. Trotzdem dürfte aber den berufenen Vertretern der Stadtverwaltung bekannt sein, daß die übergroße Mehrheit der Bürger von einem derartigen Projekt **zurzeit nichts wissen will** und diese Tatsache dürfte den Herren Stadtverordneten auch als Richtschnur dienen, unbefleht ihren früheren Beschluß, die Angelegenheit zurückzustellen, aufrecht zu erhalten.

Ich habe mich veranlaßt gefühlt, Ihnen offen meine Ansicht darzulegen und gebe Ihnen anheim, von diesen meinen Zeilen den Gebrauch zu machen, den Sie für richtig halten.

Hochachtungsvoll u. ergebenst
Dr. Hfinger.

Redner fährt dann fort:

Auch stellen wir andererseits im politischen Leben vor vielen Ungelegenheiten. Trotz alledem wollen wir das alte bestehende Institut der Lateinschule nicht fallen lassen, sondern verbessern. In der engeren Ausschüttung haben wir die Sache eingehend besprochen und sind nach reiflicher Beratung zu einem Beschlusse gekommen, den die verehrl. Versammlung wohl gutheißen kann und um dessen Zustimmung Sie auch gebeten werden. Die Verstadtlung wird vorerst **nicht empfohlen**, denn wenn wir diesen Beschluß hier gefaßt hätten, wären wir wie eine Maus in die Falle gelaufen und um die Ausführung wären wir nicht mehr gefragt worden; wir hätten die enormen Kosten tragen müssen und wären gegebenenfalls zwangsgestellert worden. Wir wollen das Haus nach und nach aufbauen und auf diese Weise sichern und unter sicheres Dach bringen.

Redner teilt dann mit, daß der Ausschuss beschlossen habe dem Kollegium zu empfehlen, den Magistrat zu ermächtigen, mit der Regierung zu verhandeln aber ohne sich zu binden. Der derzeitige Lehrplan und geschichtliche Charakter der Schule soll beibehalten werden. Durch einen derartigen Beschluß wird die Schule vorläufig erhalten, ohne daß dieselbe vorerst verstadlicht wird.

Stadtv. Dr. Kornbusch: Am 7. Januar hat das Kollegium den ihm vorgelegten Magistratsbeschlusse wegen der Umgestaltung resp. Verstadlichtung der Schule abgelehnt, am 15. Januar wurde derselbe Magistratsantrag wieder dem Kollegium vorgelegt und an den Magistrat zurückverwiesen. Die Art des Vorgehens des Magistrats befremdet mich außerordentlich und verstoßt gegen jede parlamentarische Disziplin. Der Magistrat hat sich dem Beschlusse des Kollegiums zu fügen, wenn er die Beschlüsse beanstandet, so muß er seine Beanstandung begründen. Der Magistrat hat seinen Antrag wiederholt vorgelegt, ohne denselben trotz der Ablehnung seitens des Kollegiums zu begründen. Daß der abgelehnte Magistratsantrag, gegen den neue Gründe nicht ins Feld geführt wurden, mit konsequenter **Sosheit** wieder vorgebracht wurde; befremdet außerordentlich und gebe verschiedenen Vermutungen Raum. Daß der frühere Magistratsantrag heute unter einem anderen Mantel erscheint, betrachte ich als **schlechten Scherz**. Wenn heute ein Beschluß im Sinne des Magistratsantrags gefaßt wird, so kann erstere von **weittragender Bedeutung** sein. Ich beantrage daher, den **Antrag solange abzulehnen, bis der Friede hergestellt ist**, denn es gibt auch ohne der Verstadlichtung der Schule für die Zukunft noch viele Steuern, die jedenfalls nicht dazu beitragen, hervorragende Steuerkräfte heranzuziehen. Gute Steuerkräfte kommen nur dann her, wenn wir **weniger Steuern** erheben wie andere Städte.

Stadtv. Abt beantragt hierauf geheime Abstimmung des vom Schulausschuss vorgeschlagenen Beschlusses.

Stadtv. Dommermuth: Ihm habe dieser Tage Jemand gesagt, daß man erst frage was es kostet, wenn man etwas kaufen will, daß in hier aber nicht der Fall. Redner ist überzeugt, daß, wenn man bei der Regierung wegen der Kosten der Schule anfragt und die Kostensumme hören wird, manchem die Augen öffnen werde.

Stadtv. Dr. Kornbusch: Man spricht sich nochmals für Verstadlichtung der Schule und spricht in warmer Weise für die Umgestaltung der Schule, um begabten armen Kindern den Aufstieg zu erleichtern; Redner ist gegen alles, was geeignet ist, die Schule zu untergraben. Der auf die Tagesordnung gesetzte Titel für den 2. Punkt der Tagesordnung ist ungeschickt gewählt.

Stadtv. Dr. Kornbusch: Verschiedene Stadtverordnete haben darauf hingewiesen, daß die Lateinschule nicht zu Fall gebracht werden soll; das ist ja auch gar nicht beabsichtigt. Wenn auf der Tagesordnung steht, der Magistrat soll ermächtigt werden mit der Regierung zu verhandeln, so vermute ich darunter etwas anderes, als das, was unter dieser Klausel erreicht werden soll.

Bürgermeister Dr. Reutner erwidert darauf, daß die Regierung, wie er so hinterherum erfahren habe, erst wissen will, ob beide Körperschaften damit einverstanden sind, wenn eine Verhandlung angeknüpft und die vom Magistrat an die Regierung zu richtende Frage beantwortet wird; es sei dies lediglich eine formelle Sache. Er, Redner sei auf Wunsch sofort bereit, die Frage, welche der Magistrat an die Regierung richten soll, sofort niederzuschreiben.

Stadtv. Reutner ist dafür, daß man eine diesbezügliche Frage an die Regierung richtet, da man durch die zu erhaltende Antwort jedenfalls nicht dummer wird.

Stadtv. Dr. Kornbusch ist sehr erfreut, zu hören, daß der Magistrat bereits angefragt hat. Nachdem nun der Herr Bürgermeister erklärt hat, daß es nur eine formelle Sache sei, gewinne das Bild eine andere Seite; so sei die Sache immer eine sehr unbillige gewesen, das hätte aber vermieden werden können, wenn die Tagesordnung anders gefaßt gewesen wäre. Wenn bei der Regierung angefragt werden soll, dann müsse die Frage ganz genau präzisiert werden.

Stadtv. Man ist gegen die dem Magistrat zu erzielende Ermächtigung, weil die Frage 20 Jahre zu spät kommt; außerdem weiß man noch gar nicht, ob die Schule nicht verstadlicht wird. Redner verliest dann eine Zitatung aus dem, aus dem hervorgeht, daß man höheren Orts gegen die Ausbildung zu vieler Akademiker ist, man wünscht vornehmlich mehr die Ausbildung tüchtiger Handwerker mit guter Volksschulbildung. Im Prinzip ist ja niemand gegen die Umgestaltung der Lateinschule, aber jetzt in dieser Kriegszeit ist es noch nicht nötig.

Stadtv. Abt: Es ist jetzt genug über die Schulfrage gesprochen worden. Seit sei Dank sei eine **sofortige Verstadlichtung** der Schule, wie vom Magistrat beantragt, vom Kollegium abgelehnt worden. Er hält die Anfrage nicht für unrichtig, wenn es sich nicht um eine Änderung des Schulplanes handelt.

Stadtv. Dr. Kornbusch wünscht eine andere Formulierung, insbesondere über die Kostenfrage. Ganz besonderes Gewicht soll darauf gelegt werden, daß aus der Frage deutlich hervorgeht, welche einmaligen Kosten und welche laufenden Kosten die Regierung im Falle der Umgestaltung der Schule verlangt. Insbesondere noch, welche Ansprüche sie hinsichtlich der Räume geltend macht und ob der derzeitige Lehrplan beibehalten werden kann.

Stadtv. Abt verliest den von der Kommission gefaßten Beschluß, der auch auf die geschichtliche Bergangenheit der Schule Rücksicht nimmt und betont, daß der jeweilige Leiter katholisch sein muß.

Stadtv. Dr. Kornbusch ist gegen die verlesene Fassung des Beschlusses, denn dieser Antrag enthält ja wieder alle möglichen Wünsche und Rücksicht und gibt den weitestgehenden Kombinationen Raum. Der Antrag soll doch in geschichtlicher Rücksicht auf die Schule sein sondern muß ganz präzise und klar gehalten sein. Die merkwürdige Fassung mit der geschichtlichen Bergangenheit der Schule ist keinesfalls zu empfehlen.

Stadtv. Stadtv. Dr. Kornbusch wünscht nunmehr Abstimmung über diesen Punkt, nachdem der Antrag resp. die Anfrage nochmals verlesen wird.

Stadtv. Kornbusch: Man kann doch die Anfrage nicht so abschicken, denn dieselbe ist ja unbillig gar nicht richtig.

Bürgermeister Dr. Reutner verliest die nunmehr nochmals abgeänderte Anfrage, in der jedes zweifelhafte Wort gestrichen wurde.

Stadtv. Dr. Kornbusch weist nochmals darauf hin, daß über die **Umgestaltung oder Verstadlichtung der Lateinschule nichts beschlossen** worden ist. Die ganze in der Bürgerkammer hervorgehobene Unruhe läßt vermieden werden können, wenn die Magistratsanträge nicht so **unbillig formuliert** gewesen wären.

Die nunmehr erfolgte Abstimmung ergab die Annahme des abgeänderten Kommissionsbeschlusses, wonach bei der Regierung nur angefragt werden soll, **welche Kosten die Umgestaltung der Lateinschule vorausschickt** denn auch werde. Wegen dem Antrag stimmte Herr **Man** allein.

3. Beschl. für die Lateinschule ein Nachfolger für Herrn Dr. Wahl anzustellen.

Stadtv. Dr. Kornbusch: Ich habe diesen Punkt dem Referenten Herrn Dommermuth das Wort.

Stadtv. Dommermuth führt nun folgendes aus:

Meine Herren! Die Baulustworte aus dem ersten Ratsbeschlusse: **Der Ignorant wird ignoriert** möchte ich meinem Bericht zu Grunde legen.

Wenn man geglaubt hat, wir würden in der Schulfrage den Ignoranten spielen, so hat der Verlauf der Verhandlungen gezeigt, daß wir keine Ignoranten waren, also nicht ignoriert werden konnten. Ich betone das denjenigen gegenüber, die in üblicher Verkennung der Verhältnisse ein groß Geschrei erhoben und die Stadtverordnetenversammlung als bildungs- und kulturfeindlich hingsustellen beliebten, aber es gilt ebenso denjenigen, die in unserer Haltung bloß Obstruktion zu erblicken glaubten. Keine von beiden Annahmen trifft das Richtige. Wir waren und sind keine Kulturfeinde und wünschen Alle eine gute Schule für die Stadt. Nur wollten wir das Projekt der Umgestaltung der Schule und in Verbindung damit die Bestellung eines Direktors für dieselbe aus verschiedenen Gründen, die seiner Zeit von Herrn Fleischner eingehend dargelegt wurden, wieder zur Vorlage gebracht haben. Allein diesen billigen Wunsch ließen die Ueberstürzten nicht gelten. Dreierlei Jahrelang klammerten die sich dazu Berufenen weder um die Umgestaltung der Lateinschule noch um die Lösung der Direktorsfrage. Dann aber sollte die Versammlung auf einmal in kürzester Frist die wünschenswerten Beschlüsse fassen. Mit Recht hat sie das abgelehnt. Wie wir nun soeben gesehen, geht es auch anders. Ich kann mich nur noch den Ausführungen meines Vorredners Herrn Abt hinsichtlich der Bestellung eines Direktors kurz fassen.

1. Keine Berufung ist notwendig, soll die Schule weiter existenzfähig bleiben. Die Notwendigkeit ihres Bestehens ist ja erfreulicherweise von Niemand bestritten worden.

Der derzeitige Stellvertreter des verstorbenen Leiters, Herr Harker Schillo, kann man diese Bürde nicht länger überantworten.

2. Vorerst bleibt immer noch der Charakter der Schule als Privatschule bestehen, folglich hat der Verwaltungsrat und nicht der Magistrat den Direktor zu berufen unter ausdrücklichem Hinweis auf diesen Umstand.

3. Kommt es dann vielleicht einmal zu einer Verstadlichtung der Schule, so wird es an dem Manne selbst liegen, ob ihn die Stadt übernehmen kann, oder nicht.

4. Damit jedoch der Verwaltungsrat bei der Auswahl des Direktors Bewegungsfreiheit hat, ist die Kommission sich einig geworden, der Versammlung vorgeschlagen, ihre Zustimmung zur Berufung des Direktors zu geben. Zunächst soll sie keine Stellung zur Gehaltsregulierung des Direktors nehmen. Ist ein solcher gefunden, so werden hier, das bin ich überzeugt, Männer stehen, die den Verwaltungsrat stützen und diese Frage sicherlich so gut als möglich lösen.

5. Bei der Auswahl des Direktors sind 4 oder 5 Stadtverordnete von dem Verwaltungsrate hinzuzuziehen. Schon anläßlich der Bestellung eines Direktors für die Volksschule habe ich darauf hingewiesen, daß wir nicht so arm an Geist — Arme im Geiste sind wir leider Alle — um nicht auch urteilen zu können, wer von den Bewerbern am geeignetsten erscheint. Das zu können, trauen wir uns zu und freuen wollen wir uns, wenn die Wahl eine glückliche wird.

Vorher ich nun den Vorsitzenden bitte, den Kommissionsbeschlusse zur Debatte zu stellen und darüber abstimmen zu lassen, möchte ich noch ein in der hier anwesenden Pressevertreter ein Wort richten. (Wer mag der Andere sein? Nam. der Redaktion.) Neulich stand in seinem Blatte zu lesen, die Berufung des in Aussicht genommenen Direktors sei ein **Ereignis** für die Stadt. Die Tätigkeit des Direktors in Ehren, welcher hält sich nicht dafür. Aber **seine Anstellung ein Ereignis nennen, geht denn doch zu weit**. Schon eher wäre es ein Ereignis, wenn es einmal **Guter gibt oder Fetz**. (Unterbrechung.) (Nam. der Red.) Wie haben wir den erwähnten Bericht **nur die Worte wiederholt**, die Herr Semmardirektor Kögler gelegentlich seines abgegebenen Gutachtens geäußert hat. Den Termin, wann der Direktor kommt, kennt man, wenn es aber Zeit gibt, weiß kein Mensch; doch was rede ich, der Termin, wann wir, die **Stadtverordneten**, unser Zeit bekommen, diesmal aber nicht aus dem städtischen Laden, sondern aus bürgerlichen Läden, sieht ja sehr, es ist, glaube ich, der 2. März. Die Ration pro Kopf wird noch bestimmt. (Wiederholte: Unterbrechung.)

Meine Herren, das war ein Scherz, er birgt auch Ernst. Wer weiß, ob wir uns hier wiedersehen, sollte das nicht der Fall sein, so sehen wir uns vielleicht ab und zu auf jenen Bänken dort (g meint hier, Bänke im Zuschauerraum der Red.) dann soll uns das Bewußtsein trösten, das Wohl der Stadt und die Rechte ihrer Bürger hier stets gewahrt zu haben, damit diese Bänke uns nie zu Anklagebänken werden können.

Zur Debatte meldet sich Niemand. Einstimmig gelangt der Beschluß, den Verwaltungsrat der Lateinschule zu ermächtigen, einen Direktor anzustellen, zur Annahme.

Stadtv. Fleischner: Die Lateinschule ist nun dahin gekommen, wo ich sie hinhaben wollte; wenn die Schule einen Direktor haben will, soll sie einen solchen anstellen. Redner kommt denn noch auf den Haushaltsplan zurück. Wie ihm mitgeteilt wurde, sind für die Lateinschule bis 1. Februar netto **7.800 Mk. überschritten** worden, ohne daß hierzu die Zustimmung des Kollegiums eingeholt worden ist; er begreife nicht, wie eine solche **Mißwirtschaft vorkommen kann**. Wenn Geld ge-

braucht wird, soll man an das Kollegium herantreten. Er frage den Herrn Bürgermeister, ob diese Angaben, die er schon hier gemacht habe, auf Wahrheit beruhen, wenn dies der Fall ist, dann frage er das Kollegium, wie es sich dazu stelle.

Bürgermeister Dr. Reutner: Er könne nicht genau darauf antworten, er wisse nur, daß der Etat, wie dies überall geschieht, überschritten wurde und zwar wegen der den Beamten bewilligten Teuerungszulagen. Mit den Mehrforderungen, mit denen die Stadt durch die Kriegsverhältnisse rechnen muß, werde der Magistrat an das Kollegium herantreten.

Stadtv. A. b. i. kommt mit kurzen Worten auf das in vorlehter Sitzung mit dem Herrn Bürgermeister gehabte Resonanz zurück und erklärt, daß hier anscheinend ein gegenseitiges Mißverständnis vorliegt. Redner ist aber ganz erstaunt, von Herrn Fleschner zu hören, daß der Etat in der Abteilung Lateinschule noch weit über 10,000 Mk. überschritten worden ist. Redner verwendet sich dann noch für eine Lehrerin in der Volksschule, die zu sehr in Anspruch genommen wird, indem sie in 4 Jahrgängen über 60 Kinder unterrichten muß. Zu den Ausführungen des Herrn Fleschner zurückkommend, bemerkt er, daß es nun erwiesen ist, was die Schule kostet, wenn sie verstaatlicht wird; diese Staatsüberwälzung beweisen, daß man mit der Verstaatlichung der Schule vorsichtig sein muß.

Stadtv. Rau: Nach Aussage des Herrn A. b. i. hat eine Lehrerin allein 60 Kinder zu unterrichten. Herr Kögler sagte, die Umgestaltung der Lateinschule soll für minderbemittelte begabte Kinder sorgen. Hier in der Elementarschule ist Gelegenheit geboten, für minderbemittelte Kinder zu sorgen und für das Wohl der Armen bedacht zu sein. Wenn trifft die Schuld, daß eine Lehrerin allein durch 4 Jahrgänge 60 Kinder unterrichten muß. Wer ist Schuld daran?

Bürgermeister Dr. Reutner: Ich bin nicht schuld daran, denn ich habe nur die Beschlüsse des Magistrats und des Stadtverordneten-Kollegiums auszuführen.

Nach einem kurzen Disput zwischen Stadtv. Rau und Bürgermeister Dr. Reutner erklärt letzterer, es sind nicht zwei Lehrkräfte geparkt, weil Kinder nicht eingeschult wurden, sondern weil durch die Seminar-Lehrerschule diese Kinder unterrichtet und dadurch 2 Lehrkräfte frei wurden.

Stadtv.-Vorsteher Kögler beantragt, den Schulvorstand der Lateinschule zu ermächtigen, einen Rektor anzustellen. Dieser Antrag wird angenommen.

4. Bewilligung von Mitteln zur Auszahlung von Quartiergebern.

Stadtv. Dr. Kornbusch referiert über diesen Punkt und empfiehlt, daß der Magistrat mit der Ausgabe der Quartiergeber warten soll, bis von der Regierung die Rückzahlung derselben bewilligt ist. Das Kollegium stimmt diesen Ausführungen zu.

5. Bewilligung von Mitteln für den Betrieb der städtischen Massenquartiere.

Stadtv. Dr. Kornbusch referiert auch über diesen Punkt und teilt mit, daß der Finanzausschuß den Vorschlag macht, den Magistrat zu ermächtigen, für Unterhaltung der Massenquartiere, wie beispielsweise für Licht, Heizung etc. 10,000 Mk. zu bewilligen. Dieser Vorschlag wird ohne weitere Debatte angenommen.

6. Bewilligung von Mitteln für die Einrichtung der städt. Belegungsquartiere.

Stadtv. Fleschner bemerkt hierzu, daß die Betten der Massenquartiere, die nicht mehr gebraucht werden, sofort sicher untergebracht werden müssen, wenn man wünscht, daß dieselben nicht gestohlen werden. Vielleicht könnte man dieselben einweisen im Pfandnerhaus unterbringen.

Stadtv. Dr. Kornbusch hatte auch über diesen Punkt das Referat übernommen und teilt mit, daß der Magistrat den Antrag gestellt habe, zu diesem Punkte noch 18,000 Mark nachträglich zu bewilligen; das Stadtverordneten-Kollegium habe i. Zt. für die Zwecke der Massenquartiere 50,000 Mk. bewilligt, diese Summe sei aber um 18,000 Mk. überschritten worden, denn es wurden für Anschaffungen von Betten etc. 68,000 Mk. ausgegeben. Dieser Ausgabe stehen aber 20,000 Mk. Einnahmen für Wiederverkäufe gegenüber; man hofft durch den weiteren Verkauf von Betten, Beständen etc. noch mal ca. 40,000 Mk. zu lösen, sobald externe Überflüssigkeiten werden. Da die Belegungsquartiere mit dem Plan umgeht, die Belegungsgruppen in Bürgerquartiere zu legen, dürfte mit dem baldigen Freiwerden der Massenquartiere gerechnet werden können. Der Finanzausschuß hat sich mit dem Magistratsantrag einverstanden erklärt und wünscht den baldigen Verkauf der freierwerdenden Betten. Redner wünscht noch, daß der Belegungs-Ausschuß nach Aufhebung der Massenquartiere für sofortige Unterbringung derselben sorgt. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

7. Bewilligung für Ablieferung der Waffen.

Zu diesem Punkt bemerkt der Herr Stadtv.-Vorsteher Kögler, daß es heißen muß: „Bewilligung von Mitteln für Ablieferung der Waffen.“

Stadtv. Dr. Kornbusch ersucht namens des Finanzausschusses die durch Aufbewahrung und Abtransport der Waffen entstehenden Kosten, die etwa 1500 Mk. betragen werden, zu bewilligen. Auch dieser Antrag wird angenommen.

8. Bewilligung von Mitteln für die Abgabe von Salz- und Hohensohnenabgaben.

Stadtv. A. b. i. referiert zu diesem Punkt und bemerkt, daß es in vielen Städten üblich geworden ist, für die kranken Kinder, besonders für Malariastricken, auf Kosten der Stadt Salz- und Sonnenlichtbäder einzurichten, die für mangelnde Kinder unentgeltlich sind. Auch unsere Stadt will solche Bäder einführen, nachdem der „Vaterländische Frauen-Verein“ sich in lebenswunderlicher Weise bereit erklärt hat, die für diese Bäder erforderlichen Räume in seinem Kinderhort in der Taunusstraße zur Verfügung zu stellen. Es sind Räume vorhanden zum Baden, Ruben und auch für künstliche Hohensohnenbäder. Der Magistrat habe hierfür pro Jahr 700 Mk. vorgeschlagen, der Finanz-Ausschuß hat veranschlagt für ein halbes Jahr 350.00 Mk. bewilligt.

Herr Bürgermeister Dr. Reutner erläutert den Antrag noch dahin, daß das Geld zur Befreiung der Unkosten für Badefalz und sonstige erforderliche Sachen verwendet werden soll.

Außerdem sollen die Kinder nach dem Baden mit einem Teller guter Suppe gekostet werden. Für unbemittelte Kinder ist der Gebrauch der Bäder frei, dagegen sollen bemittelte Kinder für jedes Bad ungefähr 50 Pf. zahlen. Dieser Antrag wird angenommen.

9. Bewilligung von Mitteln für Erwerbslosen-Fürsorge.

Stadtv.-Vorsteher Kögler: Nach einer Verordnung sind die Städte gesetzlich dazu verpflichtet, zur Erwerbslosen-Fürsorge beizutragen. Unsere Stadt hat aber der Erwerbslosigkeit dadurch abgeholfen, daß sie Notstandsarbeiten im Geiste von Verbesserung der Waldwege ausführen ließ. Daß der Magistrat damit das Richtige getroffen hat, geht daraus hervor, daß bis vor kurzem noch keine Erwerbslosenunterstützung bezahlt werden brauchte. Die im vorigen Jahre bewilligten 10,000 Mk. sind nun aufgebraucht, sodaß ein weiterer Betrag erforderlich ist.

Stadtv. A. b. i. erklärt, daß die Erwerbslosenunterstützung keine Armenunterstützung ist sondern dem Erwerbslosen gesetzlich zustehe.

Der Magistratsantrag wird hierauf einstimmig angenommen.

10. Bewilligung von Mitteln für Notstandsarbeiten.

Stadtv.-Vorsteher Kögler erklärt zu diesem Punkt, daß die Notstandsarbeiten im Walde nun ziemlich beendet sind und daß, sobald die Arbeiten aufhören, die Erwerbslosen-Unterstützung beginnt. Redner schildert dann eingehend die Vorteile der in Stand gesetzten Waldwege, die für die Zukunft einen bedeutend höheren Erlös bei den Holzverkäufen bringen werden, außerdem würden auch die Pferde-Geschirre und das Vieh gespart werden. Jetzt soll nun auch daran gegangen werden, die Weinbergswegen zu verbessern; es ist jedenfalls besser, wenn die Leute arbeiten, als wenn sie Erwerbslosen-Unterstützung beziehen. Der Finanz-Ausschuß schlägt deshalb vor, weitere 10,000 Mark für Verbesserung der Wege in den Weinbergen zu bewilligen, damit auch diese endlich einmal in Stand gesetzt werden.

Stadtv. Fleschner erstattet eingehenden Bericht über die Fertigstellung der Waldwege, ebenso sei auch die Hohlkehle ausgebessert und instandgesetzt worden; jetzt soll mit der Herstellung der Weinholze begonnen werden.

Stadtv.-Vorsteher Kögler erklärt, um etwaigen Irrtum zu vermeiden, daß die Gelder für Herstellung der Weinbergswegen später von den Weinbergbesitzern aufgebracht werden sollen, sodaß die Stadt nur vorübergehend mit der Ausgabe dieses Postens belastet wird.

Magistratsmitglied G. m. s. schließt sich den Ausführungen seines Vortrags an und macht den weiteren Vorschlag, die Kosten der Herstellung der Weinbergswegen später in Gestalt einer Weinbergsgrundsteuer aufzubringen.

Stadtv.-Vorsteher Kögler: Um keinen Irrtum auskommen zu lassen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß eine derartige Heranziehung der Weinbergbesitzer zu den Wegeverbesserungskosten keine neue Steuer bedeutet. Auch schon in ganz früheren Zeiten mußten die Weinbergbesitzer derartige Gelder in Gestalt von Arbeiten leisten. So bestanden schon vor 100 Jahren Bestimmungen, wonach jeder Weinbergbesitzer im Frühjahr und Herbst je nach der Größe seines Grundbesitzes eine entsprechende Anzahl Arbeiter zur Verbesserung der Wege stellen mußte; man nannte diese Arbeit fröhnen. Redner bringt hierauf den Antrag des Finanzausschusses zur Kenntnis. Derselbe wird einstimmig angenommen.

Stadtv. Dr. Kornbusch teilt noch mit, daß er die Geschäfts-Ordnung für die Stadtverordneten-Sitzungen fertiggestellt und den Entwurf dem Magistrat zur Begutachtung eingereicht habe.

Hierauf öffentliche Sitzung.

+ Eltville, 13. Febr. Ein höchst bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am vergangenen Sonntag Nachmittag auf der herrlichen Rheinseite der Eltville. Infolge der strengen Kälte ist der dortige sogenannte „Kleine Rhein“ zugefroren, der von der Jugend und auch von Erwachsenen als Eisbahn benutzt wird. Unter denen, die sich dem Eisport widmeten, befand sich auch ein Schütler, auf dem sich 5 Personen von dem Personal der Eltville befanden. Ploßlich geriet der Schütler auf eine dünne Eisdicke, die dem überlasteten Druck nachgab, sodaß alle 5 Personen ins Wasser fielen. Während 4 davon gerettet werden konnten, fand die 5., ein 18-jähriges Mädchen, welches als Kammerjunge bei der Tochter des Herrn Grafen Stierstorff in Dornheim stand, den Tod in den kalten Fluten. Erst nach geraumer Zeit wurde die Leiche geborgen und später in das hiesige Krankenhaus überführt. Alle Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Heute nun fand die Beerdigung des unglücklichen Opfers des Eisports vom Krankenhaus aus statt. Dieser bedauerliche Unfall mag als Warnung für alle diejenigen dienen, die leichtsinnigerweise auf Eis gehen.

+ Eltville, 14. Febr. (Die Gemeindevahlen.) Bis zum 2. März d. Js. müssen bekanntlich die Wahlen für die Gemeindevertretung geistig sein und zwar haben diese an einem Sonntag stattzufinden. Für die Vorbereitung der erstmalig stattfindenden Wahlen in die Wahlversammlung für die verfassunggebende preussische Landesversammlung mit keinen Änderungen angewandt; der Kreis der wahlberechtigten und wählbaren Personen bleibt dieselbe wie bei den bisherigen Wahlen. Die Wahlvorschläge müssen nach der Beruhigung 7 Tage vor der Wahl beim Wahlvorsteher eingereicht werden und in Ge-

meinden unter 20 000 Einwohner von mindestens 20 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Die Wählerlisten bleiben bestehen.

+ Eltville, 15. Febr. (Freigabe des Absatzes von Weiskohlfeuerkraut.) Gemäß den wiederholten öffentlichen Aufforderungen haben zahlreiche Kommunalverwaltungen und Verbraucher bei der reichen Ernte erhebliche Mengen von Weiskohl selbst eingekauft. Nachdem im laufenden Wirtschaftsjahr bereits zwei schiffsmäßige Verteilungen von Weiskohlfeuerkraut vorgenommen worden sind, hat es sich daher als einbehrlich erwiesen, die behördliche Verbrauchsregelung für dieses Nahrungsmittel noch weiterhin aufrecht zu erhalten. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat demgemäß durch eine im Reichsanzeiger Nr. 27 veröffentlichte Bekanntmachung das Weiskohlfeuerkraut unter Aufrechterhaltung der bisherigen Höchstpreise zum Absatz (ausgenommen an militärische Stellen) freigegeben.

+ Eltville, 14. Febr. (Freigabe des Handels mit Schilf.) Für das Fortbestehen der einschränkenden Bestimmungen über den Verkehr mit Schilf liegt keine Notwendigkeit mehr vor. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat daher die Verordnung über Schilf vom 26. Februar 1918 aufgehoben. Der Handel mit Schilfrohr, einschließlich des für die Fasererzeugung wichtigen Kolbenhilfs (Typha), unterliegt somit keinerlei Beschränkungen mehr. Auch die Höchstpreise fallen fort.

+ Eltville, 15. Febr. Um die Erleichterung der einlaufenden Anträge auf Genehmigung von Transporten vom unbesetzten in das besetzte Gebiet auf dem Wasserweg zu vereinfachen, hat die Schiffsabfertigungsstelle West einheitliche Formulare drucken lassen, die den Antragstellern unentgeltlich von der Betriebsstelle Mainz (Miserstraße 17) zur Verfügung gestellt werden.

+ Eltville, 13. Febr. (Freigabe des Absatzes von Dörrgemüse.) Der Waffensstillstand und die damit einsetzende Demobilisierung von Heer und Marine haben zur Folge, daß ganz erhebliche Mengen von Dörrgemüse nicht mehr für die bewaffnete Macht benötigt werden. Da außerdem weitere Mengen an Dörrgemüse bereits hergestellt oder in der Herstellung begriffen sind, hat sich die Kriegsgesellschaft für Dörrgemüse veranlaßt gesehen, den bisher untersagten Absatz von inländischem Dörrgemüse freizugeben. Sie weist jedoch in der von ihr im Reichsanzeiger Nr. 28 erlassenen Bekanntmachung ausdrücklich darauf hin, daß durch diese Freigabe nichts an den Absatzpreisen geändert wird, die sie in den Bekanntmachungen vom 1. November 1918 (Reichsanzeiger 264) und vom 8. Januar 1919 (Reichsanzeiger 12) festgesetzt hat.

+ Eltville, 15. Febr. Die Umschlüsse von Geschäftsbriefen nach dem unbesetzten Deutschland, nach Vorbringen oder nach dem Glas müssen den Namen und die Adresse des Absenders, sowie den Vermerk „Geschäftsbrief“ tragen. Der Absender übernimmt durch eigenhändige Unterschrift dieses Vermerkes die persönliche Verantwortlichkeit für die Richtigkeit. Briefe, die den Vermerk „Geschäftsbrief“ mit eigenhändiger Unterschrift nicht tragen, werden zur Beförderung nicht angenommen.

+ Büdesheim, 10. Februar. Der Magistrat gibt folgendes bekannt: Dienstag, den 11. d. Mts., erhalten alle Bezirke in den bekanntgegebenen Geschäften W a r g a r i n e. Die Kopfmenge beträgt 230 Gramm zum Preise von Mk. 1.10. Selbstversorger erhalten die Hälfte. Zeitfestschlichter sind vom Bezuge ausgeschlossen. Zeitkarten sind mitzubringen. Entwerter wird Nr. 7. — Am selben Tage wird im alten Amtsgerichtsgebäude für Kinder unter 2 Jahren je 2 Pfund Kandiszucker für den Monat Januar verausgabt.

+ Aus dem Rheingau, 8. Februar. Eine unliebsame Konkurrenz erwacht den Würgern aus dem österreichisch-ungarischen Wein, den die deutsche Heeresverwaltung jetzt dem Privatkonsum übergeben will. Die „Weinhandels-Gesellschaft m. b. H.“ in Berlin erläßt folgendes Verkaufsangebot: „Weinverkauf! Wir sind von dem Reichsverwaltungsamt für freierwerbende Heeresgüter mit dem Verkauf der Weinbestände der Heeresverwaltung beauftragt. Zunächst gelangen einige größere Partien von österreichischen und ungarischen Rot- und Weißweinen auf Flaschen und Flaschen, welche in Hamburg lagern, zum Ausgabt. Der Verkauf erfolgt in Partien von mindestens 20 000 Liter auf Maß bzw. 10 000 Flaschen von einer Sorte, und zwar ausschließlich an Firmen, welche in das Handelsregister und in die Verzeichnisse der Steuerämter eingetragen sind und die behördliche Erlaubnis zum Handel mit Wein besitzen. Interessenten wollen Angebote mit ausführlichen Verkaufsbedingungen bei unserer Abteilung Heeresweine stellen.“

+ Kreuznach, 11. Febr. Der Stadtkommandant von Kreuznach hat den Krimper Johann May zu Kreuznach mit 2 Monaten Gefängnis bestraft, weil er in betrunkenem Zustande auf der Straße angetroffen wurde und weder Ausweise noch Legitimationspapiere bei sich hatte. — In einer anderen Stadt wurde ein Dienstmädchen bestraft, da es ohne Ausweis auf der Straße betreten wurde, als es einen Brief in den nächsten Briefkasten geworfen hatte.

Verantwortlicher Schriftleiter: Alwin Boege, Eltville.

Der Gesamtauflage der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der „Rheinischen Landesbank“ bei, worauf wir an dieser Stelle noch besonders aufmerksam machen.

Holzschuhe.

Buchen, garantiert fehlerfrei, hohe Form, in den gangbarsten Männer- und Frauengrößen 1.90 Mark pro Paar. Pechschuhschuhpreis 7.35 Mk. pro Paar. Musteranfertigung (große Bahnseidung, sortiert in den gangbarsten Größen Herren- und Frauen-), zu 75.— Mk. franko nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Rückerstattung und Rückzahlung des Betrags. Um genaue Adresse und für Bahnseidung Angabe der Güterstation wird gebeten. Garantie für gute Ankunft. Versand gestattet.

Holzschuh-Fabrik Wimbach, (Rheinpfalz.)

Damen-Moden

Geschw. Alsberg

Mainz, Ludwigstrasse 3-5

Pelz - Mäntel Plüsch - Mäntel

Astrachan-Mäntel, Pelzgefütterte Mäntel

Hochelegante Kostüme u. Stoff-Mäntel

Vornehme Modell-Taillenkleider u. Blusen

Die noch vorhandenen Bestände werden zu sehr niedrigen Preisen abgegeben.

[6485]

Freiwillige Grundstücks-Versteigerung.

Als Bevollmächtigter der Erben des verstorbenen Rentiers **Carl Graf** und des Kaufmanns **Gustav Graf** zu Mainz versteigere ich am

Dienstag, den 18. Februar 1919,

vormittags 11^{1/2} Uhr,

im Hofhaus „**Zum Gutenberg**“ (Besitzer **Jean Schwach**) folgende im Grundbuch von Eltville, Band 37, Blatt 1294 und Band 18, Blatt 644 eingetragenen Grundstücke:

A. Band 37, Blatt 1294.

Stück Nr. 1, Flur 22, Parzelle 184	Weingarten Oberer Sonnenberg	10.07 qm
„ „ 2, Flur 22, Parzelle 233	Weingarten Oberer Sonnenberg	1 ar 19 qm

B. Band 18, Blatt 644.

Stück Nr. 1, Flur 22, Parzelle 200	etc. Weingarten Oberer Sonnenberg	31 ar 67 qm
Stück Nr. 2, Flur 22, Parzelle 215	Weingarten Oberer Sonnenberg	15 ar 05 qm
Stück Nr. 3, Flur 25, Parzelle 30	Weingarten Oberer Sonnenberg	4 ar 43 qm

Die Versteigerungsbedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

In Vollmacht:

Richard Fuhrmann.

[6486]

Pass-Hüllen

zur Schonung der Ausweise
per Stück **70 Pfg.**
Alleinverkauf für Eltville
in den Papier-Handlungen

Alwin Boege

Phil. Schott.

Zur Kommunion und Konfirmation!

Neu eingetroffen! Einheitsstoffe

in guten Qualitäten für Anzüge und Kostüme per Meter **30.— 35.—**
und **42 Mark.**

Sehr geeignete Farben in blau, braun, grau und schwarz.

Ganz besonders empfehle meine Maas-Abteilung.

Anfertigung moderner Herren- und Knaben-Garderoben, Damenkleider, Blusen und Kostüme werden in chicer Verarbeitung bis zu den elegantesten Neuheiten hergestellt.

Änderungen und Reparaturen prompt und billigst.

Alois Russler

Telefon 171.

[6488]

Elsässische Bankgesellschaft

Aktienkapital
Mk. 20 000 000,—

FILIALE MAINZ.

Fernruf
Nr. 55 und 91.

Vorzinsung von Spargeldern zu günstigsten Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagender Geschäfte.

Verschwiegenste und zuverlässigste Erledigung aller Angelegenheiten.

[6490]

Färberei und Chem. Reinigungsanstalt

von **Karl Döring, Wiesbaden.**

Fabrik: Drudenstraße 6 Laden: Weisenburgstraße 12.
Telephon 6149. [6464]

Färben, reinigen, defatieren, appretieren, imprägnieren
usw. sämtlicher Herren- und Damengarderoben.

— Muster-Färberei —

Gardinen-Neuwäscherei und Spannerel.

Prompte Bedienung. Solide Preise.

Eraserfachen in 3—4 Tagen.

Färben sämtlicher vom Militär freigegebenen Stoffe.

Annahmestelle für Eltville und Umgebung:

Hermann Ortensmann,
Friedrichstraße 24.

Wohnung

2—3 Zimmer, Küche u. Zubehör
von Ehepaar ohne Kind zum 1.
April od. 1. Mai 1919 gesucht.
Offerten unter F. 100. an die
Expedition d. Blattes erbeten.
[6469]

Ein ordentlicher, fleißiger

Junge,

der Ostern die Schule verläßt,
für Anfang April gesucht.

Sch. Frings,

Schwalbacherstraße.

Ein- und Zweifamilienhaus

zu kaufen gesucht. [6469]
Offerten an die Expedition d. Blattes.

Ein gut erhaltenes Klavier

für Privatzwecke zu mieten gesucht.

Näheres im Bei-
lag d. Blattes. [6468]

Gesucht zum 1. April eine
2—3

Zimmer-Wohnung

[6469] **Gottfried Post,**
Walluferstr. 7.

Bäuer-

Schwein

gegen etwas Heu u. Stroh
abzugeben. [6461]

Elwida, Friedrichstr. 41.

Prima Torfmull,

per Ballen 12.00 Mk., zu ver-
kaufen. [6443]

Carl Jung, Erbach.

Gartenbau.

Prima

Linoleum-

und [6304]
Fußboden - Wachs.

H. Fröhlich,

Rheingauer Zapfenhaus.

2 gut erhaltene

Defen

zu verkaufen.

Näheres

Holzstraße 9.

Ia Flaschenforke

lang, 500 Stück und 100

Weißweinflaschen

abzugeben. [6428]

Angebote unter C. S. 100 an

die Expedition d. Blattes.

Salon-Piano und

Salon-Flügel

Gelegenheitskäufe äußerst preis-

wert. Kriegsanleihe wird in Zah-

lung genommen. Offerten unter

Nr. 274 an d. Geschäftsst. d. Bl.

[6480]

Brantpaar

sucht zum 1. Mai

Wohnung

in möglichst freier Lage, [6455]

4—5 Zimmer, Küche

und Zubehör.

Näheres Adolfsstr. 19.

Suche per ersten März tüch-

tiges

Dienstmädchen

bei hohen Lohn. [6466]

Mar Eis, Eltville.

Einem ordentlichen, aus der

Schule entlassenen [6442]

Jungen

für Gartenarbeit gesucht.

Villa „Sicambria“.

Wolfshund,

Rüde, 4 Jahre alt, ohne jeden

Fabel, nur als Wachts- und

Zuchthund, derselbe ist sehr scharf

und unbestechlich, zu verkaufen.

Anzusehen bei [6445]

E. Jung, Erbach,

Gartenbau.

Evng. Kirchengemeinde

des oberen Rheingaues.

Sonntag, den 16. Februar.

10 Uhr vorm. (franz. Zeit).

Gottesdienst in der Pfarrkirche

z. Erbach.

11 Uhr vorm. Christenlehre der

Knaben.

F. W. Kinkel, Gerberei und Lederfabrik

Beldersheim (Rheinhausen und Mainz)

übernimmt das Gerben von Grosshäuten, sowie

von Kalb-, Ziegen- und kleinen Fellen.

— Ankauf von Rohhäuten und Fellen

in jedem Umfang.

Fabrikation von Lederwaren,

Spezialität Kamele, Geschirre, Treibriemen,

Massenartikel. [6451]